

AfD Kreisverband
Gelsenkirchen



Politik mit gesundem Menschenverstand und Weitsicht für die Bürger

Kommunalwahlprogramm 2020



www.afd-gelsenkirchen.de



AM 13. SEPTEMBER AfD WÄHLEN.

IHRE SPITZENKANDIDATEN

ENXHI SELI-ZACHARIAS

JAN PREUSS

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir wollen mit sozialer, wertkonservativer und bürgerlicher Politik die Charaktereigenschaften zurückgewinnen, die Gelsenkirchen bedauerlicherweise im Laufe der letzten Jahre verloren hat. Wir möchten den Herzschlag Gelsenkirchens wieder höher treiben, das gute Gefühl von Heimat wiederbeleben!

Die Gelsenkirchener Kommunalpolitik wird sich vielen Herausforderungen stellen müssen. Unsere Devise wird dabei lauten: Hart in der Sache, aber stets konstruktiv.

Wir stehen für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem kommunalen Haushalt, Verlässlichkeit und Transparenz in der Politik. Der Erhalt unserer lokalen Traditionen und Kulturstätten ist uns ein besonderes Anliegen.

In der bevorstehenden kommunalen Wahlperiode möchten wir uns der starken kommunalen Verwurzelung widmen und den Bürgern ein stetiger Ansprechpartner sein.

Unsere politischen Ziele möchten wir gemeinsam mit allen Gelsenkirchener Bürgern erreichen, die ihre Stadt lieben und vor den bereits vorhandenen und auch bevorstehenden Verwerfungen in unserem Land schützen möchten.

Ihr AfD Kreisverband Gelsenkirchen

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	03
1	Schule und Bildung.....	06
2	Familie und Demografie.....	10
3	Inneres und Justiz	13
4	Zuwanderung, Asyl und Integration	16
5	Kultur, Wissenschaft und Forschung	19
6	Wirtschaft	21
7	Arbeit und Soziales	25
8	Gesundheit	27
9	Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz	31
10	Sport	35
11	Finanzen und Steuern.....	38
12	Energie.....	40
13	Bauen und Wohnen	42
14	Verkehr.....	45



1

Schule und Bildung

Modernisierung statt unreflektierter Digitalisierung!

1.1

Die Digitalisierung von Schule wird immer mehr als Heilsbringer in der Bildung angesehen. Eine digitale Infrastruktur in der Schule ist eine wünschenswerte Unterstützung im Unterrichtsalltag, wird jedoch niemals einen Ersatz für den klassischen Präsenzunterricht darstellen können. Technische Errungenschaften können deshalb nicht über den maroden Zustand unserer Schulen hinwegtäuschen.

Die AfD unterstützt eine digitale Aufrüstung von Schulen mit der marktüblichen digitalen Standardausstattung, wenn die jeweilige Schule schon über ein modernes und angenehmes bauliches Arbeitsumfeld verfügt. Investitionen in das Mobiliar sowie die Sanierung der Klassenräume haben oberste Priorität!

Die Qualität des Regelunterrichts an allen Schulen muss erhalten bleiben, da ansonsten das Leistungsniveau der Schüler absinken wird.

1.2

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass internationale Förderklassen (iFö) regelmäßig besucht werden. Das ist keine Selbstverständlichkeit. An einigen Schulen existieren hohe Fehlzeiten. Auf Anfrage der AfD weigerte sich die Bezirksregierung, Auskunft über Fehlzeiten in den internationalen Förderklassen zu geben. Die AfD wird dieses brisante Thema weiterverfolgen.

Die AfD setzt sich für den Erhalt des gegliederten Schulsystems ein. Schulische Vielfalt bedeutet auch den Erhalt der Förderschulen.

1.3

Nur ein gegliedertes Schulsystem garantiert allen Schülern mit oder ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Deshalb müssen angemessene finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Auch der Fortbestand der Förderschulen muss gesichert werden. Nur so kann den Bedürfnissen aller Schüler mit und ohne Förderbedarf am besten entsprochen werden.

1.4 **Wir müssen der Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an unseren Schulen entgegenreten!**

Disziplinlosigkeit und eine wachsende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite.

Vielfältig geschichtete soziale Probleme und die unregelte Migration verschärfen diese Entwicklung. Um diesem gesellschaftlichen Problem zu begegnen, fordert die AfD eine kompetente Kooperation zwischen den Schulleitungen, dem städtischen Jugendamt und der Bezirksregierung.

1.5 **Die AfD unterstützt das Konzept der offenen Ganztagschule, verpflichtende Ganztagschulen lehnen wir ab.**

Viele Eltern sind berufstätig, sodass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen.

Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und mit qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung sein. Ein solches Angebot darf jedoch niemals für alle Schüler einer Schule eine Verpflichtung darstellen.

1.6 **Engere Kooperation mit dem Gründerzentrum der Westfälischen Hochschule**

Die Westfälische Hochschule Gelsenkirchen verfügt über ein Gründerzentrum. Studenten können dort noch während des Studiums ihr Unternehmen aufbauen.

Der Erfolg für Gelsenkirchen ist bislang aber bescheiden, z. B. im Vergleich zum Dortmunder Technologiezentrum.

Wir möchten die Gründer in Gelsenkirchen über einen kommunalen Beirat aktiv in die Politik miteinbeziehen.

Echte Anreize für Lehrer an Brennpunktschulen in Gelsenkirchen schaffen!

1.7

Einige Schulen in Gelsenkirchen sind bedauerlicherweise Brennpunktschulen. Deshalb hat unsere Stadt seit Jahren Probleme, freie Stellen mit Lehrern zu besetzen.

Als Sofortmaßnahme fordern wir, allen Lehrern, die eine Immobilie in Gelsenkirchen zur Eigennutzung erwerben möchten, attraktive Kreditmodelle durch die Sparkasse Gelsenkirchen zu ermöglichen. Im Gegenzug müssen diese sich verpflichten, bis zur Tilgung des Kredits an Gelsenkirchener Schulen zu unterrichten.

Schul- und Kitabauprogramm

1.8

Gerade im Grundschulbedarf ist eine wohnortnahe Versorgung für Eltern und Kinder elementar und unerlässlich. Gelsenkirchen verfügt über genügend freie Flächen, weshalb Schulen und Kindertagesstätten in Neubaugebieten rechtzeitig und kindergerecht fertiggestellt werden müssen.

Parkplatzversorgung für Lehrer sicherstellen

1.9

Unsere Lehrkräfte fertigen tagtäglich umfangreiche Materialien an, um unseren Kindern einen möglichst abwechslungsreichen und kreativen Unterricht bieten zu können. Für den Transport dieser Materialien sind sie deshalb häufig auf ein Kfz angewiesen.

Wir fordern ausreichend kostenlose Stellplätze an unseren Schulen, denn Parkplätze sind kein unnötiger Luxus, sondern zur Etablierung eines angenehmen Arbeitsumfeldes eine wichtige Komponente, die die Attraktivität unserer Stadt für Lehrer erhöht.



2

Familie und Demografie

11

Mehr gemeinsame Zeit für Eltern und Kinder!

2.1

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten sowie auch Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

Fürsorgliche Betreuung nach der Geburt

2.2

Nach der Geburt eines Kindes verändert sich für Eltern das gesamte Leben. Gerade in der heutigen Zeit, in der angehende Eltern ihren Kinderwunsch von den zeitlichen Kapazitäten abhängig machen, verdienen sie eine bessere Unterstützung und Wertschätzung.

Deshalb fordern wir den Ausbau der Betreuung durch Hebammen, der Nachsorge für die Kleinen und eine Erweiterung der Rückbildungskurse sowie Eltern-Kind-Gruppen. Um die Attraktivität unserer Stadt für Hebammen zu erhöhen, fordern wir deren Unterstützung im Bereich der Berufshaftpflichtversicherung und der Wohnraumbeschaffung.

Alternative Betreuungsangebote schaffen – Mini-Kitas etablieren!

2.3

Die sogenannten Mini-Kitas stellen ein Betreuungsangebot dar, welches eine reduzierte Anzahl von Kindern in einer Gruppe umfasst. Die Betreuung in Kleingruppen ist deutlich flexibler als die konventionelle Betreuung und kann eine solide Vertrauensbasis zu den Eltern schaffen, die eine hohe Unzufriedenheit mit dem herkömmlichen Betreuungsangebot in sich tragen.

Wir fordern die Erkundung von geeigneten Lokalitäten zur Etablierung weiterer Mini-Kitas in Gelsenkirchen.

Bessere Unterstützung im Alltag!

2.4

Senioren und gesundheitlich eingeschränkte Mitbürger sind mehr als andere auf Ämter und Behörden angewiesen und benötigen oft Hilfe bei Antragstellungen und Anliegen.

Wir fordern: Flexiblere Öffnungszeiten bei Ämtern, eine zentrale Telefonhotline, die zeitnah entsprechende Hilfe anbietet, und einen Begleitservice im ÖPNV. Seniorenberatung und Generationennetzwerke müssen ausgebaut werden.

2.5 Betreuung im Alter verbessern

Bedingt durch fehlendes Personal erhalten pflegebedürftige Menschen im Alter oft keine ausreichende Pflege und Betreuung.

Mit kommunaler Hilfe ist der Bau von Mehrgenerationenhäusern für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt zu fördern. Es müssen gegenseitige Besuche z. B. in Grundschulen und Altenheimen stattfinden, damit das Verständnis füreinander verbessert wird.

Die AfD fordert mehr Pflegepersonal in Alten- und Pflegeheimen. Um immer wieder auftretende Missstände in Heimen zu beseitigen, sind unangemeldete Kontrollen zu verstärken. Vor allem karitative Einrichtungen müssen sich ihrer Verantwortung verstärkt bewusst werden.

2.6 Die AfD will auch in der Kommunalpolitik den Fokus auf die Familienpolitik legen.

Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert.

Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD die Einrichtung eines eigenständigen Familienausschusses, da Familien ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft sind.

2.7 Attraktiv auch für die Jüngeren

Es ist von großer Bedeutung, dass gerade Kinder und Jugendliche sich mit Gelsenkirchen als ihrer Heimatstadt identifizieren. Das ist ein wichtiger Baustein, um Wegzüge aus Gelsenkirchen gerade von künftigen Leistungsträgern zu verhindern.

Dazu muss nicht nur die Arbeitsmarktsituation in der Stadt verbessert werden, auch das Kultur- und Freizeitangebot muss für Kinder und Jugendliche attraktiv sein – durch eine vielfältige Vereinslandschaft, attraktive Freizeitangebote und Spiel- und Freizeitflächen, die für Kinder sicher und ansprechend sind.

Zudem ist der Dialog mit den jungen Bürgern zu suchen, wenn Entscheidungen mit besonderer Kinder- und Jugendrelevanz getroffen werden sollen.



3

Inneres und Justiz

3.1 Zum Schutz des öffentlichen Raumes fordert die AfD mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei und gezielte Präsenz.

Seit dem Jahr 2015 sind Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Raub und Messerstecherei sprunghaft angestiegen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserer Stadt und unserem Land hat stark gelitten. Die AfD fordert, dass das Personal im Streifendienst und der Kriminalpolizei deutlich aufgestockt wird. Der hohen Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschieden entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger, insbesondere auch Frauen, sicher im öffentlichen Raum bewegen können.

3.2 Sicherheit JA – Totalüberwachung NEIN: Kameraüberwachung an Brennpunkten!

Die Videoüberwachung an Brennpunkten und Orten mit Kriminalitätsschwerpunkten fällt in den Aufgabenbereich der Polizei. Eine Echtzeitüberwachung von Brennpunkten kann die Verfolgung von Straftaten unterstützen. Begleitet von einem umfassenden Sicherheitskonzept kann die Verlagerung der Kriminalität präventiv begleitet werden.

3.3 Besonderer Schutz für Junge und Alte

Um das erhöhte Schutzbedürfnis unserer jungen und älteren Mitbürger zu gewährleisten, fordert die AfD den Ausbau der Kriminalitätsprävention, die Erweiterung vorhandener Beratungsangebote sowie die flächendeckende Zusendung von Aufklärungsmaterialien durch die zuständigen Behörden (Jugendamt, Versorgungsamt etc.) an den hier genannten Personenkreis.

Zusätzlich regt die AfD die Gewinnung pensionierter Polizisten für Vortragsreihen und Beratungsangebote vor Ort an.

3.4 Mehr Schutz für öffentlich Bedienstete

Der Respekt und die Hemmschwelle für Angriffe gegenüber Staatsdienern sind in den letzten Jahren stark gesunken. Täter, wenn sie überhaupt in Gewahrsam genommen werden, sind oft nach ein paar Stunden auf der Wache wieder auf freiem Fuß.

Dieses Vorgehen sendet ein fatales Signal an die Öffentlichkeit und untergräbt die staatliche Autorität auf eine inakzeptable Art und Weise.

Aus diesem Grund fordert die AfD: Wer Angestellte und Beamte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und der Rettungsdienste, Bus- und Straßenbahnfahrer sowie alle anderen Personen, die ihren Dienst an der Allgemeinheit verrichten, angreift, muss mit der ganzen Härte des Gesetzes rechnen. Hier muss die Gelsenkirchener Polizeiführung in Zusammenarbeit mit den Justizbehörden „klare Kante“ zeigen!

Öffentlicher Vandalismus muss stärker bekämpft werden! 3.5

Mutwillig beschädigte Bussitze, beklebte Lampenmasten und Stromkästen, entwendete Verkehrsschilder und Graffiti an Gebäuden und Lärmschutzwänden gehören leider in vielen Vierteln zum Stadtbild. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem sichtbaren Verfall von Stadtgebieten und Kriminalität.

Wir fordern: Eine strikte Bekämpfung des Vandalismus. Täter müssen straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Ihnen sind etwa die Kosten der Reinigung aufzuerlegen.

Raser-Szene 3.6

Die Szene der Raser und illegalen Tuner verfestigt sich seit Jahren in Gelsenkirchen, z. B. an der Marina in Bismarck. Dabei sind einige Straßenabschnitte von besonderem Interesse. Die Anwohner vor Ort werden permanent von dem dröhnenden Lärm belästigt. Für sie stellt diese Szene ein Sicherheitsrisiko und einen Verlust an Lebensqualität dar.

Die AfD fordert die strikte Eindämmung dieser illegalen Szene bzw. ein entschiedenes Durchgreifen der Behörden.



4

Zuwanderung, Asyl und Integration

Vorweg: Bei der Integration sehen wir die Zuwanderer in der Pflicht. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Denn Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern vielmehr ein Instrument zur eigenen erfolgreichen Lebensentfaltung und Identifikation. Unser Ziel ist es, den Menschen, die in unserer Gemeinde leben, unsere Sprache und unsere verbindenden Werte zu vermitteln. Ein offenes und respektvolles Miteinander zwischen Menschen verschiedener Kulturen kann gelingen, wenn im Rahmen einer gesunden Sensibilität die Anerkennung von Regeln, Traditionen und Werten unserer Gesellschaft akzeptiert wird. Wir sind offen für eine qualifizierte Zuwanderung! Echte und umfangreiche gesellschaftliche Teilhabe ist nur bei gelungener Integration möglich. Am Ende dieses Prozesses steht das kulturelle Aufgehen in der deutschen Gesellschaft statt des Lebens in einer Parallel- oder Gegengesellschaft.

Die Integration muss verbessert, aber auch kritisch begleitet werden! 4.1

Wer nach Recht und Gesetz hierbleiben darf, muss schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Eine sofortige Eingliederung in verpflichtende Integrationsmaßnahmen ist daher unabdingbar. Dazu gehören neben der Unterrichtung in Staatsbürgerkunde auch kombinierte Angebote zur Vermittlung der deutschen Sprache und Werte. Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass im Bereich Integration ein Wirtschaftsmarkt entstanden ist. Integrationsprojekte werden von unterschiedlichen Trägern ohne klar messbare Zieldefinition betrieben.

Deshalb fordern wir eine kritische Begleitung von Integrationsprojekten hinsichtlich ihrer Erfolgsüberprüfung.

4.2

Wir wollen Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten!

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewendet werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

4.3 **Zuwanderung begrenzen!**

Die hohe Zahl von Zuwanderern gerade aus Süd-Ost-Europa resultiert aus den hier gewährten hohen Sozialleistungen.

Um die Zuwanderung zu begrenzen, sind Sozialleistungen nur bei vorheriger Arbeitsleistung und Einzahlung in die Sozialkassen zu gewähren. Scheinselbständigkeit und Scheinarbeitsverhältnisse sind zu unterbinden.

4.4 **Rückführung statt Duldung – Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden**

Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Eine missbräuchliche „Kettenduldung“, an deren Ende die Aufenthaltserlaubnis winkt, lehnen wir entschieden ab.

Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen umgehend zurückgeführt werden. Oft scheitert dieses Vorhaben jedoch an der schlechten personellen Situation der Ausländerbehörde.

Die AfD fordert: Die Schaffung neuer und für die Ausländerbehörde dringend notwendiger Planstellen, um in diesem Bereich endlich effizientes Arbeiten zu ermöglichen.

4.5 **„Mother Schools“ in Gelsenkirchen etablieren**

Die ideologische Radikalisierung von Kindern ist mittlerweile ein wichtiges sicherheitsrelevantes Thema in ganz Deutschland. Dabei sind gerade Kinder aus muslimischem Elternhaus immer wieder im Fokus von radikalen Ideologen, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufrufen.

Wir fordern die probeweise Einrichtung von sogenannten „Mother Schools“. Dort könnten Mütter sensibilisiert werden, die ideologische Radikalisierung des eigenen Kindes frühzeitig zu erkennen.

4.6 **Ablehnung des Bündnisses „Seenotbrücke Sichere Häfen“**

Eine Deklaration Gelsenkirchens zum „sicheren Hafen“ lehnt die AfD entschieden ab, denn dies widerspricht unserer Vorstellung einer gesteuerten Zuwanderung zum Wohle unserer Stadt.



5

Kultur, Wissenschaft und Forschung

5.1 Hochschulstandort Gelsenkirchen

Während Gelsenkirchen im Wettbewerb von Wissenschaft und Forschung mit nahezu allen Großstädten in NRW konkurriert, können diese auf eigene Universitäten verweisen.

Wir fordern daher die Prüfung des perspektivischen Ausbaus der Westfälischen Hochschule zur Universität.

5.2 Die AfD fordert den Bau von Studentenwohnheimen

Die Schaffung von Wohnraum für Studenten ist dringend notwendig, denn die Wohnraumsituation vieler Studenten ist unzumutbar. Preisgünstiger Wohnraum sorgt für bessere Studienbedingungen, reduziert die Anzahl der Pendler und trägt damit auch zu einer Verbesserung der innerstädtischen Verkehrssituation bei. Die AfD fordert deshalb, geeignete Grundstücke zu erschließen und den Bau von Wohnheimen in Hochschulnähe zu fördern. So wird Gelsenkirchen auch für Studenten aus anderen Ruhrgebietsstädten attraktiv.

5.3 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumpflege und der lokalen Traditionen

Das regionale Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als Kulturnation erhalten bleiben.

5.4 Die AfD unterstützt die Förderung von städtischen Musikschulen

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

5.5 Kunstfreiheit? Ja! Politisierung? Nein!

Die AfD bekennt sich zur Kunstfreiheit – sie lehnt aber einseitig wertende Politisierung der Kunst ab, wenn diese aus Steuermitteln finanziert wird.



Wirtschaft

6.1 Konnexitätsprinzip einfordern – Wer die Musik bestellt, muss auch bezahlen!

Kommunen haben in erster Linie die Daseinsfürsorge für ihre eigenen Bürger sicherzustellen. Doch verkommen Kommunen immer mehr zum Prellbock der Bundespolitik. Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle die Bewältigung der Migrationskrise 2015. Die horrenden Kosten haben die Kommunen überfordert und von der Bewältigung der zuvor bestehenden Herausforderungen abgehalten.

Wir fordern eine interkommunale Vernetzung der finanzschwachen Kommunen, um als Sprachrohr Richtung Bund zu fungieren und die Forderung der Entlastung von fremdverantwortlichen Ausgaben mit Nachdruck durchsetzen zu können.

6.2 Wirtschaftsförderung: Kleine Unternehmen über Fördermöglichkeiten informieren

Für kleine Unternehmen gibt es viele Fördermöglichkeiten, z. B. finanzielle Starthilfe.

Wir fordern eine Wirtschaftsförderung, die einen Überblick über alle Fördermöglichkeiten hat und Unternehmen aktiv informiert.

6.3 Facharbeiter für den Arbeitsmarkt der Zukunft fit machen

Der Strukturwandel weg von Kohle und Stahl hat in Gelsenkirchen viele qualifizierte Facharbeiter arbeitslos gemacht – und Industriearbeitsplätze gehen weiter verloren. Die Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden oft am Bedarf vorbeigeplant. Plätze werden vergeben, nur damit die Kurse gefüllt sind.

Wir fordern, dass in Gelsenkirchen Weiterbildungsmaßnahmen abgestimmt werden: An einem runden Tisch mit BA, Wirtschaftsförderung, IHK und Handwerkskammer, mit Ergebnissen, die über die Arbeitsvermittler auch bei den Arbeitslosen ankommen.

Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft 6.4

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (z. B. „Klimamanager“) lehnen wir ab.

Kommunale Steuern intelligent angehen – Anreize für Unternehmen und Gründer schaffen 6.5

Die hohen kommunalen Hebesätze in Gelsenkirchen (Gewerbesteuer: Gelsenkirchen 480 %; Bundesdurchschnitt 361 %) sind ein klarer Standortnachteil!

Wir fordern:

1. die Senkung der Gewerbesteuer auf den Bundesdurchschnitt
2. für neue Unternehmen die Gewerbesteuer für drei Jahre zu erlassen

Das Coronavirus ist der Auslöser, aber nicht die eigentliche Ursache der sog. „Corona-Krise“. Wir fordern effektive/nachhaltige Impulse für die kommunale Wirtschaft. 6.6

Die Bundesregierung benutzt das Coronavirus als Vorwand ihres fiskal-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Scheiterns bzw. als Alibi, um ihr inzwischen jahrzehntelanges Versagen zu kaschieren. Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind gravierend – bis hinab auf die Ebene der Kommunen.

Unserer Ansicht nach ist die kommunale Haushaltskonsolidierung ein Muss; diese ist kein Selbstzweck. Zu hohe Steuersätze und Bürokratie entmutigen Unternehmer und Gründer. Die AfD spricht sich hier erneut für eine spürbare Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes in Gelsenkirchen spätestens nach der Bewältigung der „Corona-Krise“ aus.

Des Weiteren fordert die AfD zum Schutz der Gelsenkirchener Bürger folgende Maßnahmen:

1. ausgeweitete Corona-Tests
2. erhöhte Kapazitäten medizinischer Ressourcen
3. die Ansiedlung medizintechnischer Unternehmen in Kooperation mit der Westfälischen Hochschule und dem Hygiene-Institut des Ruhrgebiets

6.7 Die AfD will den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

6.8 Für ein lebendiges Gelsenkirchen – auch nachts

In Sachen Bars, Kneipen und Clubs ist Gelsenkirchen kaum konkurrenzfähig – dabei ist gerade ein vitales Nachtleben wichtig für eine Attraktivitätssteigerung insbesondere für junge Menschen.

Statt einer drohenden Hegemonie an Shisha-Bars sollte daher eine Initiative gestartet werden, um eine echte Nachtkultur in Gelsenkirchen (wieder) zu etablieren.



7

Arbeit und Soziales

7.1 Sozialleistungsmissbrauch stoppen!

Ein aufwendiger Lebensstil mit Luxusautos und Sozialleistungsbezug stehen im Widerspruch. Durch Umkehr der Beweispflicht muss der Leistungsbezieher nachweisen, dass er seinen gehobenen Lebensstil legal finanziert, Luxusautos können dann ggf. beschlagnahmt werden. Wir fordern Kontrollen und Maßnahmen auch in Gelsenkirchen.

7.2 Schwarzarbeit in Gelsenkirchen verhindern – Reguläre Beschäftigung unterstützen!

Die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung dar. Der daraus resultierende wirtschaftliche Schaden für alle redlichen Unternehmer und anständigen Arbeitnehmer in Gelsenkirchen ist immens.

Eine besondere Verschärfung dieser Situation ist vor allem in der unbremsten Armutszuwanderung von zumeist süd-ost-europäischen minder- bzw. nicht qualifizierten Arbeitskräften begründet.

Die AfD fordert: Um weiteren Schaden vom einheimischen Arbeitsmarkt abzuwenden, sind die in diesem Bereich durchzuführenden Kontrollen seitens der zuständigen Stellen, Finanzkontrolle Schwarzarbeit (Zoll) und Ausländerbehörde, zu intensivieren.

7.3 Vereinfachte und transparente Kriterien für die Genehmigung von Gewerbeansiedlung und Gewerbeerweiterung

Wer in Gelsenkirchen ein Gewerbe neuansiedeln möchte, benötigt eine Genehmigung.

Die kommunalen Vorgaben für Gewerbeflächen sind zu intransparent; dadurch kann es dazu kommen, dass Unternehmen unnötig Anträge stellen. Ein überflüssiger Zeit- und Kostenaufwand für die Unternehmen.

Natürlich wollen wir auch zukünftig entscheiden, welche Gewerbeansiedlungen entstehen sollen, aber auf Basis transparenter Kriterien. Das hilft Investoren, ihre Chancen frühzeitig zu beurteilen, und schafft Vertrauen, damit Investoren den Weg in unsere Stadt finden.



8

Gesundheit

8.1 Coronavirus: Staatliche bzw. kommunale Gesundheitsvorsorge gewährleisten

Einerseits erzeugen die Bundesregierung und EU-Kommission ein Strohfeuer aus Multi-Milliarden- bzw. Billionen-Euro-Verschwendungen zulasten der künftigen steuerzahlenden Generationen. Andererseits besteht jedoch keine ausreichende Versorgung des medizinischen/pflegerischen Personals – geschweige denn der gesamten Bevölkerung – mit qualitativ geeigneten Schutzmaterialien (u. a. wegen der Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland).

Gerade auch im Hinblick auf die Schutzbedürfnisse älterer und kranker Menschen (sog. Risikogruppen) fordert die AfD Gelsenkirchen eine verstärkte seuchenpolitische Vorsorge der Stadt. Nach den gemachten Erfahrungen halten wir es nicht für ratsam, sich auf die künftige Einhaltung infektionsschutzrechtlicher Vorsorgebestimmungen durch die NRW-Landes- oder Bundesregierung zu verlassen. Das Mindeste ist deshalb, künftig auch auf kommunaler Ebene einen Vorrat an Schutzkleidung, -masken, Desinfektionsmitteln etc. aufzubauen bzw. vorzuhalten. Zudem fordert die AfD Gelsenkirchen eine kostenlose Versorgung der städtischen Bürger mit Schutzmasken.

8.2 Anstieg ansteckender Krankheiten wirksam bekämpfen!

Eine Vielzahl ansteckender Krankheiten hat im Vergleich zu 2013 in Gelsenkirchen dramatisch zugenommen und ist inzwischen ein Risiko für die öffentliche Gesundheit. Der Anstieg erfolgte zeitgleich mit der Armutszuwanderung aus Süd-Ost-Europa seit 2014 sowie der unkontrollierten und illegalen Masseneinwanderung aus aller Welt seit 2015.

Jahr	Krätze (Skabies)	Hepatitis B
2013	37	36
2017	224	86
2018	229	95
2019	153	64

Quelle: Ratsinformationssystem der Stadt Gelsenkirchen (Drucksachen: 14-20/5440, 14-20/5631, 14-20/7063, 14-20/8410)

Wirksame Maßnahmen von Seiten der Stadt erfolgten bisher nicht. Neben der Aufklärung und dem Vorzeigen eines aktuellen Impfpasses bei Kita-Anmeldungen sollten die Rechtsmittel, die einer Kommune zur Verfügung stehen, angewendet werden.

Die kommunale Gesundheitsversorgung sicherstellen!

8.3

In naher Zukunft wird verstärkt mit einem Ärztemangel in einigen Fachbereichen (z. B. Allgemeinmedizin und Kinderheilkunde) auch in Gelsenkirchen zu rechnen sein.

Mangelnder Nachwuchs, Überalterung und unattraktive Vergütung von Haus- und Fachärzten sind einige der Ursachen. Die Folgen: Immer längere Wartezeiten bei der Terminvergabe sowie im Wartezimmer vor Ort.

Dem Ärztemangel und seinen Folgen muss entgegengewirkt werden. Deshalb sollten von Seiten der Kommune Anreize geschaffen werden, um junge Ärzte anzuwerben. Medizinische Einrichtungen können (nach skandinavischem Vorbild) von der Kommune eingerichtet werden; dadurch haben Ärzte ein geregeltes Einkommen, kein Investitionsrisiko und feste Arbeitszeiten. Im Gegenzug müssen sie sich dazu verpflichten, in Gelsenkirchen für eine Mindestdauer zu arbeiten.

Zum Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fordert die AfD darüber hinaus eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung, einschließlich der Notfallambulanzen, durch die beteiligten Ebenen.

Eine starke Gesundheit fängt bei der Prävention an. Bewegung und Ernährung gehören in den Fokus.

8.4

Der Partizipationsindex 2018 der Stadt Gelsenkirchen zeigt, dass es Stadtteile mit fast 20 % übergewichtigen Grundschulern gibt.

Wir sind der Überzeugung, dass moderne Sport- und Freizeitstätten nicht allein ausreichend sind, um das Übergewicht von Kindern nachhaltig und signifikant zu reduzieren.

Die AfD fordert, dass die Stadt Gelsenkirchen in wissenschaftlicher Kooperation mit Universitäten der Region ein Konzept für Grundschulen in den betroffenen Stadtteilen erarbeiten lässt, um das Übergewicht von Schülern statistisch nachweisbar zu senken.

Nach erfolgreichem Abschluss der Studie soll das Konzept auf ganz Gelsenkirchen und die Region ausgedehnt werden.

8.5 Arbeitsbedingungen von Angestellten in kommunalen Krankenhäusern verbessern

Jeder Bürger weiß, wie wichtig der Gesundheitsbereich für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.

8.6 Innenstädte verkommen zu Drogenumschlagplätzen – Ein Gegenlenken muss jetzt stattfinden!

Drogenhotspots, die sich über die Jahre entwickelt haben bzw. entwickeln, sind nicht hinnehmbar. Mit Prävention und Konzepten wie dezentralen, behördlich kontrollierten Konsumräumen in enger Zusammenarbeit mit Drogenhilfe, Kommunalem Ordnungsdienst und Polizei muss das Problem, einschließlich der damit verbundenen Beschaffungskriminalität und Verbreitung verschiedener Krankheiten, angegangen werden.

8.7 Wir wollen mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflege- notstand lindern.

In wenigen Jahren schlägt die demografische Falle doppelt zu: Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern.

8.8 Qualität von Prävention und Rehabilitation sicherstellen

Aufgrund von Bewegungsmangel, Überbelastungen im Alltag und Beruf sowie dem steigenden Durchschnittsalter entstehen immer mehr körperliche Beeinträchtigungen. Ein steigender Bedarf von präventiven und rehabilitativen Maßnahmen ist die logische Konsequenz.

Die Stadtverwaltung verfügt über keinerlei Daten zum aktuellen und zukünftigen Bedarf von präventiven und rehabilitativen Maßnahmen. Eine Qualitätsüberprüfung privater Anbieter erfolgt ebenfalls nicht (Drucksache 14-20/7823).

Wir fordern daher eine Erschaffung von Statistiken über mögliche Angebote, welche für jeden Bürger einsehbar sind. Zudem sollte eine Qualitätsüberprüfung privater Anbieter ermöglicht und durchgeführt werden.



**Verbraucher-, Tier-
und Umweltschutz**

9.1 Wir sagen NEIN zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch

Allein im Jahr 2017 nahm die seit 1968 bestehende Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE), welche über keine Abdichtung der Deponiesohle verfügt (Verseuchungsgefahr des Grundwassers), über eine Million Tonnen – großenteils giftiger – Abfälle aus ganz Europa auf. Zuletzt im Jahr 2018 bedrohten mehrere große Deponiebrände bei völlig unzureichendem Brandschutzkonzept die Gesundheit der Bevölkerung in Gelsenkirchen und Herne. Hinzu kommen mit Giftstoffen belastete Stäube und Feinstäube, witterungsabhängig verblasen von der etwa 120 Meter hohen Deponie, welche weiter erhöht werden soll. Allein im Jahr 2018 waren in Gelsenkirchen und Herne überdurchschnittlich viele Neuzugänge an Krebserkrankungen zu verzeichnen.

Weit weg vom Schuss – im beschaulichen und sauberen Münster – setzte und setzt die Bezirksregierung, jahrzehntelang durch die Gelsenkirchener Kommunalpolitik unwidersprochen, auf die Erweiterung der ZDE zulasten der Gesundheit der Gelsenkirchener und Herner Bürger sowie deren Kinder. Bisher war die Bezirksregierung weder willens noch imstande, anderenorts Ausweichstandorte für den Müll zu finden.

Die AfD fordert kommunalpolitische Anstrengungen, die ZDE als bald zu schließen, zumal diese nach deutschem und europäischem Recht bereits vor Jahren hätte geschlossen werden müssen.

9.2 Die AfD fordert den Schutz und Erhalt der heimischen Natur in Gelsenkirchen

Das Naturschutzgebiet Emscherbruch beinhaltet eine vielfältige Flora und Fauna, u. a. Fledermäuse, Frosch- und Molcharten sowie die in NRW größte Ringelnatter-Population auf kleinstem Raum. Dies belegt, wie intakt und erhaltenswürdig dieser Naturraum ist – gerade auch für die Bürger und deren Kinder.

Durch das Vorhaben der Bezirksregierung Münster, die Zentraldeponie Emscherbruch hinsichtlich ihrer Ausmaße dauerhaft zu erweitern (mit einem unbegrenzten Deponiewachstum) ist das Naturschutzgebiet Emscherbruch in Gefahr. Die bisherige Gelsenkirchener Kommunalpolitik ignoriert diesen gravierenden Missstand seit Jahrzehnten bzw. liefert allenfalls Lippenbekenntnisse.

Die AfD fordert zum Schutz und Erhalt der heimischen Natur und zur Gesundheit der Bevölkerung nicht nur einen entschiedenen kommunalpolitischen Widerstand, sondern auch eine Thematisierung auf Landesebene.

Politik für Menschen und Tiere – mehr Freilaufflächen für Hunde 9.3

Zur Lebensführung gehört für viele Gelsenkirchener Bürger ein Spaziergang mit ihrem Hund im Wohnumfeld. Der natürliche Bewegungsdrang eines Hundes erfordert daneben auch Möglichkeiten des freien Auslaufs. Aktuell stehen den 10.500 im Stadtgebiet registrierten Hunden vier Hundewiesen zur Verfügung. Dies ist ein völlig unzureichendes Angebot.

Wir fordern die Ausweisung von zwei weiteren Freilaufflächen mit einer Auslauffläche von jeweils mindestens 5.000 qm, finanziert durch die Einnahmen aus der Hundesteuer.

Verbraucherschutz verbessern! Durch kürzere Wege und Wartezeiten. 9.4

Gelsenkirchen hat mit seinen rund 260.000 Einwohnern bisher nur eine Verbraucherberatungsstelle in Innenstadtnähe auf der Robert-Koch-Straße.

Dadurch entstehen für die Mehrheit der Bürger lange Wege, um einen Beratungstermin wahrzunehmen.

Um eine größere Bürgernähe zu erreichen und die Wartezeiten zu verkürzen, fordert die AfD Gelsenkirchen zusätzlich eine Beratungsstelle in Buer!

Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren. 9.5

Immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle.

Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

9.6 Container-Dienste für Grünabfälle von Kleingartenvereinen

Bis 2018 wurden die Grünabfälle in den Kleingartenanlagen im Frühjahr und im Sommer von GELSENDIENSTE abgeholt. Dieser Service wurde ersatzlos gestrichen.

Die Folgen: Die ca. 3.700 Kleingärtner in Gelsenkirchen müssen nun mehrmals im Jahr mit ihren privaten PKWs zum Wertstoffhof fahren. Das ist eine enorme Umweltbelastung.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass GELSENDIENSTE wieder Container für die Grünabfälle der Kleingartenanlagen zur Verfügung stellt.

9.7 Einführung der „intelligenten Mülltonne“

GELSENDIENSTE leert bisher die Abfalltonnen im Stadtgebiet nach einer wiederkehrenden Routine. Mithin werden auch wenig gefüllte Müllbehälter bedient. Diese Verfahrensweise ist nicht effizient.

„Intelligente Mülltonnen“ sind mit drahtlosen Sensoren versehen, die den jeweiligen Füllstand an die Müllfahrzeuge melden. Diese fahren dann nicht mehr ihre festgelegten Touren, sondern erhalten eine optimierte Route. Dadurch werden Mülltonnen geleert, wenn sie vollständig gefüllt sind. Unnötige Anfahrten sowie Überfüllungen sind ausgeschlossen.

Die AfD Gelsenkirchen fordert eine Erprobung des Einsatzes von „intelligenten Mülltonnen“. Neben einer Optimierung der Müllentsorgung führt diese Maßnahme zu weniger Umweltbelastungen durch Müllfahrzeuge und zu einer Lärminderung.



10.1 Die AfD will den Sport fördern

Sport ist die größte Bürgerbewegung und fördert den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD sind die Förderung und der Ausbau des Breiten-, Behinderten- und des Gesundheitssports genauso wichtig wie die des Spitzensports.

10.2 Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit Schwimmen und Fahrradfahren lernen.

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsports sein. Auch der Erwerb des Fahrradführerscheins sollte jedem Grundschüler ermöglicht werden. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen und Fahrrad fahren können.

10.3 Sanierungsbedarf von Sportstätten

Zu viele städtische Sportstätten sind nicht in optimalem Zustand.

Die AfD setzt sich für eine umfassende Sanierung der kommunalen Sportanlagen ein, einhergehend mit wirksamen Konzepten gegen den Vandalismus.

Um Vandalismus an Sportstätten zu reduzieren, sollen sogenannte „Platzwartgehilfen“ die Platzwarte bei ihrer Arbeit unterstützen. Dadurch wird die betreffende Sportanlage deutlich länger bewacht. Die Platzwartgehilfen können über das kommunale Jobcenter eingestellt werden.

10.4 Gewalt auf Fußballplätzen eindämmen

Gewalt auf Fußballplätzen in Form von Schlägereien zwischen Spielern, Zuschauern und dem Schiedsrichter ereignen sich bedauerlicherweise regelmäßig auf städtischen und privaten Sportanlagen in Geltenkirchen.

Neben der vorrangigen Bestrafung der Täter sollen Vereine, die diesbezüglich mehrfach negativ auffallen, wie folgt sanktioniert werden:

Vereinen, die städtische Sportanlagen nutzen, soll die Erlaubnis für die Nutzung der Spielstätten temporär entzogen werden.

Vereinen, die sowohl städtische als auch private Anlagen nutzen, sollen Fördermittel gekürzt oder gestrichen werden. Des Weiteren ist eine zukünftige mehrjährige Nichtzuweisung von Geldern eine disziplinierende Maßnahme.

Die AfD will das Ehrenamt im Sportbereich stärken

10.5

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Daher fordert die AfD eine bessere Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit.



11

Finanzen und Steuern

Abschaffung der kommunalen Amtshilfe zum Eintreiben der Rundfunkgebühren. 11.1

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Die Kommunen sind jedoch ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Rundfunkanstalten.

Wir möchten überprüfen, ob die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden können.

Die AfD will die ÖPNV-Tarife vereinfachen und die Fahrpreise senken. 11.2

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen.

Viele Berufspendler aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Reduzierung und Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen, eine spürbare Senkung der Fahrpreise und eine Ausweitung der Fahrkartenkontrollen.

Die AfD ist gegen den Einsatz von riskanten Finanzierungsmodellen, deshalb sind wir gegen das Sale-and-Lease-Back von Gemeindeeigentum. 11.3

Die AfD lehnt Sale-and-Lease-Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass die folgenden Generationen durch eine Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt belastet werden.

Sicherstellung der lokalen Bargeldversorgung 11.4

Zahlreiche kommunale Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeldausgabe beizubehalten.



12

Energie

41

Kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften 12.1

Die AfD spricht sich gegen weitere Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus, denn der Steuerzahler muss die hohen Kosten der Installation tragen. Die Anlagen erzeugen Zufallsstrom, der von den Steuerzahlern mit Steuergeldern finanziert wird. Wegen massiver Subventionierung sind die deutschen Stromkosten mittlerweile die höchsten in Europa. Es gibt keinerlei positive Effekte auf die Umwelt, da jede Photovoltaikanlage durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden muss.

Ressourcen schonen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden 12.2

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Wir fordern: Die Investitionskosten müssen sich bei realistischen Annahmen, ohne Berücksichtigung staatlicher Subventionen zur Wirtschaftlichkeit, innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

Kein weiterer Zubau von Windenergieanlagen 12.3

Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt, da es keine Versorgungssicherheit aufweist. Das Kernproblem besteht im Fehlen eines Energiespeicherkonzeptes und eines Entsorgungskonzeptes für Altanlagen. Die Verbundwerkstoffe der Windkraftanlagen können nur teuer und energieintensiv entsorgt werden. Des Weiteren fehlen Entsorgungskapazitäten. Die Windkraftanlagen und der Bau von Stromautobahnen führen zu neuen Umweltbelastungen, für die es bisher keine Lösungen gibt. Der Ausbau der Windenergie ist für hohe Strompreise verantwortlich. Familien werden dadurch stark belastet.

Fazit: Strom aus Windkraft ist weder sicher, sozial noch umweltfreundlich, sondern eine links-grün-ideologische Sackgasse.

Die AfD lehnt den weiteren Zubau von Windenergieanlagen ab.

Mehr Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderung 13.1

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt weiter an. Senioren und Menschen mit Behinderung haben aber spezifische Bedürfnisse für ihre Wohnsituation.

Wir fordern daher den verstärkten Ausbau bedarfsgerechter Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderung und das zu bezahlbaren Mieten. Entsprechende Flächen sind in unserer Stadt vorhanden.

Entlastung für Grundstückseigentümer – Straßenbaubeiträge abschaffen! 13.2

Bei der Erhebung von Straßenbaubeiträgen wird keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Bürger genommen. Die Belastung ist für viele Eigentümer ruinös. Existenzgefährdende Beiträge müssen von den Beitragsschuldnern bei Stundungen und Ratenzahlungen dann auch noch mit Zinsen gezahlt werden.

Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigte würden durch eine Abschaffung um mehrere 10.000 Euro entlastet.

Wir fordern daher die vollständige Abschaffung der Straßenbaubeiträge.

Verwahrlosung der Spielplätze stoppen! 13.3

Viele Spielplätze verwahrlosen immer mehr und bergen Gefahren für spielende Kinder. Durch herumliegende Glasscherben, Fixer-Utensilien, Kot und andere Verschmutzungen sind viele Spielplätze nicht mehr für Kinder nutzbar. Auch der Aufenthalt von bestimmten jugendlichen und erwachsenen Problemgruppen in großer Anzahl schreckt Eltern ab, diese Plätze mit ihren Kindern zu nutzen.

Wir fordern regelmäßige Kontrollen der Spielplätze durch den Kommunalen Ordnungsdienst.

Friedhofsgebühren steigen permanent 13.4

Durch den parkähnlichen Charakter des Hauptfriedhofes ist die Pflege der Anlage sehr teuer. Diese hohen Kosten werden auf die Friedhofsgebühren umgelegt und daher immer mehr verstorbene Gelsenkirchener Bürger in anderen Städten oder anonym bestattet.

13

Bauen und Wohnen

Wir fordern: Die frei werdenden und nicht mehr für reguläre Gräber benötigten Flächen sollen durch Aufforstung in einen Ruheforst umgewandelt werden, um eine kostengünstige alternative Bestattungsart anbieten zu können.

13.5 Konsequenz gegen Schrottimmobilien

Die Stadt hat den Kampf gegen Schrottimmobilien aufgenommen. Diese verschandeln nicht nur das Stadtbild, sie sind, wie die Kontrollen zeigen, auch Magnete für Sozialmissbrauch und dienen der Beherbergung von ausreisepflichtigen Personen.

Die begonnenen Kontrollen müssen fortgesetzt und intensiviert werden, das Sanktionsinstrumentarium ist auszuschöpfen. Sofern die Stadt Gebäude aufkauft, ist anzustreben, dass diese in absehbarer Zeit wieder in die Hände Privater überführt werden; auch hier gilt es, die Devise „Privat vor Staat“ zu achten.



14.1 Verkehr in Gelsenkirchen flüssiger gestalten

Staus und unnötige Wartezeiten an roten Ampeln müssen reduziert werden. Stehender und ständig stockender Verkehr durch unnötigerweise rot geschaltete Ampeln belastet die Umwelt und die Verkehrsteilnehmer. Hoher Emissionsausstoß, unnötiger Energieverbrauch und Zeitverlust sind die Folge.

Wir fordern: Die Überprüfung von Vorrangschaltung des ÖPNV, wo sie für zusätzliche Wartezeiten für den übrigen Verkehr sorgt. Dem Verkehr angepasste Ampelschaltungen (Grüne Welle) schaffen und nachts Ampeln abschalten, wo es möglich ist. Prüfen, wo Ampeln durch Stoppschilder oder grüne Rechtsabbieger-Pfeile zu ersetzen bzw. ergänzen sind. Durch besseren Verkehrsfluss können evtl. drohende Fahrverbote wegen Überschreitens der Stickoxid-Grenzwerte verhindert, die Umwelt geschont und Energie und Kosten eingespart werden.

14.2 Tempo zeitlich dem Anlass anpassen

Durch zeitliche Anpassung der Geschwindigkeitsbeschränkung wollen wir den zähen Verkehrsfluss an bestimmten Stellen beenden. Tempolimits an Schulen und Kindergärten sind durch Zusatzschilder zur zeitlichen Geltung flexibel anzupassen.

Der Bürger verliert sonst Zeit. Zäher Verkehrsfluss und unnötiges Abbremsen verursachen eine erhöhte Umweltbelastung durch giftigen Bremsenabrieb und Lärmbelästigung.

Durch flexible Tempolimits wird dem Bürger Mündigkeit zugestanden; die Akzeptanz von Geschwindigkeitsbegrenzungen wird erhöht.

14.3 Bau einer neuen Ost-West-Verbindung

Die Umweltbelastungen auf der Kurt-Schumacher-Straße sind immer noch deutlich zu hoch. Viele Staus, vor allem im Berufsverkehr, belasten die Umwelt und die Anwohner. Für die Autofahrer entstehen so zusätzlich unnötige Wartezeiten.

Wir fordern: Den Bau einer neuen Ost-West-Verbindung durch Verlängerung der Willy-Brandt-Allee bis zur Horster Straße durch das Sutumer Feld. Dadurch wird der Bereich Schalker Meile und die Uferstraße deutlich vom Verkehr entlastet.

Baustellen-Management verbessern

14.4

Es kommt immer öfter vor, dass Baustellen deutlich länger dauern als vorher angegeben. Siehe z. B. die Reparatur des Tunnels an der Vinckestraße.

Der Stadt entstehen zusätzliche, unkalkulierbare Kosten. Dem Bürger und der Umwelt werden unnötige Belastungen zugemutet.

Wir fordern: Fristgerechte Fertigstellung von Baustellen und Aufträgen durch professionelles Baustellen-Management.

S-Bahn-Haltepunkt für die Westfälische Hochschule in Gelsenkirchen-Buer

14.5

Nur etwa 750 m nördlich der Westfälischen Hochschule fährt die S-Bahn-Linie S9 entlang, leider an der Westfälischen Hochschule vorbei. Studierende kennen die Parkplatznot an der Hochschule, und nicht alle sind motorisiert. Immer wieder ist die Rede von der Aufwertung dieses Standortes.

Wir fordern: Mit einem neuen Haltepunkt in Höhe der A52 am Bahnübergang bekäme die Hochschule einen guten Bahnanschluss und auch die Bürger von Bülse würden davon profitieren.

Zusätzlicher Halt der Regionalbahn bei Schalke

14.6

Quer durch Gelsenkirchen verläuft die Nahverkehrsbahnlinie RB 43 zwischen den Haltepunkten „Buer Süd“ und „Zoo“. Sie verbindet Dorsen mit Wanne-Eickel und Dortmund.

Wir fordern: Im Bereich der Sutumer Brücken (Rhein-Herne-Kanal und Emscher) sollte ein neuer Haltepunkt entstehen, wo die Stadtteile Erle, Beckhausen und Schalke-Nord aufeinandertreffen. Zudem wird die Kurt-Schumacher-Straße entlastet.

Keine Elektromobilität in städtischen Dienstfahrzeugen und im ÖPNV auf Basis von Lithium-Ionen-Akkus

14.7

E-Fahrzeuge werden unkritisch als umweltfreundlich betrachtet. Herstellung und Entsorgung sind jedoch nicht CO₂-neutral. Bis ein E-Fahrzeug „klimafreundlicher“ ist, muss es mindestens 170.000 km fahren. Das für die Produktion der Li-Ionen-Akkus benötigte Kobalt und Lithium wird unter widrigsten Umweltbedingungen und zum Teil durch Kinderarbeit gewonnen.

Stadtwerke, städtischer Fuhrpark sowie der ÖPNV verfügen über E-Fahrzeuge auf Basis der Li-Ionen-Technik und wollen ihren Fuhrpark durch Kauf und/oder Leasing mit solchen Fahrzeugen erweitern.

Die AfD Gelsenkirchen stellt sich klar gegen diesen falschen Umwelttrend und bevorzugt Fahrzeuge mit modernen Verbrennungsmotoren einschließlich Erdgas-Fahrzeugen sowie perspektivisch Fahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik.

14.8 Stromtankstellen für Schiffe im Gelsenkirchener Stadthafen

Bei angedockten Binnenschiffen laufen die Dieselschiffsmotoren oft ununterbrochen zur Stromerzeugung weiter. Dadurch entstehen eine Lärmbelastung der Anwohner und ein unnötiger Ausstoß an Stickoxiden, Feinstaub und Schwefeldioxid.

Durch den Einsatz von Stromtankstellen, wie z. B. in Duisburg praktiziert, können die Binnenschiffe ihren Strom von Land beziehen und ihre Dieselmotoren abschalten. Der Ausstoß oben genannter Schadstoffe würde damit entfallen.

Die AfD Gelsenkirchen fordert deshalb die Installation von entsprechenden Stromanschlüssen im Stadthafen und an anderen viel genutzten Anlegestellen.

14.9 Wir lehnen Dieselfahrverbote ab und stehen für den Erhalt der individuellen Mobilität.

Das Stadtgebiet von Gelsenkirchen ist eine Umweltzone. Für die in diesem Rahmen zugelassenen Kraftfahrzeuge muss es Bestandsschutz geben. Wir sind gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren. Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind ökologisch unsinnig, weil sie zu meist eine weitere Umfahrung und damit eine insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben.

14.10 Schaffung öffentlicher Parkplätze in GE-Buer und -Zentrum

Parkplatzsuche in den Innenstädten ist oft eine hoffnungslose Sache. Das bedeutet, dass diese für auf ein Auto angewiesene Arbeitnehmer und Besucher unattraktiv sind und im Wettbewerb mit anderen Städten und dem Versandhandel das Nachsehen haben. Der Niedergang der Einkaufsstraßen in Buer und Zentrum ist die Folge.

Wir fordern, dass bei Renovierung und Neubau genügend Stellplätze eingeplant werden müssen. Die Möglichkeit, sich von dieser Pflicht freizukaufen, muss gestrichen werden. Zudem muss der Bau weiterer Parkhäuser oder Tiefgaragen geprüft werden.

Wir setzen uns für eine Verbesserung im Bereich Radverkehr ein.

14.11

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir folgende Maßnahmen unterstützen:

Den Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen, z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscodes.

Den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegenetzes, dazu gehört auch der Bau von Radschnellwegen abseits von Fahrbahnen.

Impressum

AfD Kreisverband Gelsenkirchen

Herausgeber:

AfD Kreisverband Gelsenkirchen
Kurt-Schumacher-Str. 54
45881 Gelsenkirchen

Mail: info@afd-gelsenkirchen.de
Internet: www.afd-gelsenkirchen.de

V.i.S.d.P.:

Jörg Schneider

Druckauflage:

12.500 (August 2020)

Bildnachweise:

Alle Fotos und Grafiken sind Eigentum des AfD-Landesverbands NRW. Alle Rechte vorbehalten.
Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Rechtliche Hinweise:

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



www.afd-gelsenkirchen.de

